

A9 Minderheiten und Aktivist*innen schützen – Chinesisches Regierungshandeln verurteilen!

Gremium: Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Schleswig-Holstein
Beschlussdatum: 21.01.2023
Tagesordnungspunkt: 3. Anträge
Status: Modifiziert

Antragstext

1 In China gibt es eine Vielzahl von ethnischen und religiösen Minderheiten, die
2 unter Diskriminierung und Verfolgung leiden. Insbesondere die Uiguren, Tibet-
3 Chines*innen und Falun Gong-Praktizierenden werden von der chinesischen
4 Regierung unterdrückt und ihre Grundrechte werden systematisch verletzt.

5 In den letzten Jahren kam es zu einer eine massive Unterdrückung der uigurischen
6 Minderheit, indem die chinesische Regierung diese in Internierungslager
7 verschleppt. Die Menschenrechtsverletzungen in diesen Lagern sind schwerwiegend
8 und umfassen Folter, Misshandlungen und Vergewaltigungen. Es ist unbegreiflich
9 das deutsche Unternehmen, wie beispielsweise VW und BASF, ihre wirtschaftlichen
10 Interessen über den Schutz der Menschenrechte stellen und immer noch in den
11 betroffenen Gebieten tätig sind.

12 Wir fordern daher, dass die Bundesregierung auf nationaler und internationaler
13 Ebene konkrete Maßnahmen ergreift, um den Schutz der Minderheiten in China zu
14 gewährleisten:

- 15 1. Die Unterstützung der Aufklärungsarbeit über die Situation der
16 Minderheiten in China und die Verletzung ihrer Grundrechte.
- 17 2. Eine unabhängige Untersuchung der Missstände durch die Vereinten Nationen
18 voranzutreiben.
- 19 3. Die Unterstützung von Menschenrechtsorganisationen innerhalb und außerhalb
20 Chinas, die sich für die Rechte der Minderheiten in China einsetzen.
- 21 4. Das Verhängen von Sanktionen gegen den chinesischen Staat, dessen
22 Vertreter*innen und deutsche Unternehmen die in den betroffenen Regionen
23 tätig sind.

24 Wir glauben, dass es unsere Verantwortung ist, für die Rechte und die Würde
25 aller Menschen einzutreten, insbesondere für diejenigen, die unterdrückt und
26 verfolgt werden.

27 Dies gilt auch für die Situation der Aktivist*innen in Hongkong. In den letzten
28 Jahren hat die chinesische Regierung ihre Kontrolle über Hongkong stark
29 ausgeweitet und die Autonomie sowie die Freiheit und Demokratie in diesem Gebiet
30 werden immer stärker eingeschränkt. Aktivist*innen, die sich für die
31 Unabhängigkeit oder die Autonomie Hongkongs einsetzen, werden von der
32 chinesischen Regierung unterdrückt, verfolgt und eingesperrt.

33 Wir fordern daher, dass die Bundesregierung auf nationaler und internationaler
34 Ebene konkrete Maßnahmen ergreift, um den Schutz der Aktivist*innen in Hongkong

35 zu gewährleisten und die Autonomie sowie die Freiheit und Demokratie in diesem
36 Gebiet zu unterstützen:

- 37 1. Die Unterstützung der Aufklärungsarbeit über die Situation der
38 Aktivist*innen in Hongkong.
- 39 2. Die Unterstützung von Menschenrechtsorganisationen innerhalb und außerhalb
40 Hongkongs, die sich für die Rechte der Aktivist*innen in Hongkong
41 einsetzen, um diplomatischen Druck auf die chinesische Regierung
42 auszuüben.
- 43 3. Die Respektierung der Autonomie Hongkongs durch die chinesische Regierung
44 und die Unterstützung der Demokratiebewegung.
- 45 4. Das Einsetzen für die Freilassung inhaftierter Aktivist*innen in Hongkong
46 mit einer finanziellen und rechtlichen zu Unterstützung für dessen
47 Familien.

48 Auch gegenüber Taiwan hat China in den letzten Jahren seine Drohungen verstärkt
49 und versucht, die Autonomie und die demokratischen Institutionen zu untergraben.
50 Dies stellt eine Bedrohung für die Freiheit und die demokratischen Rechte der
51 taiwanesischen Bevölkerung dar.

52 Wir fordern daher, dass die Bundesregierung konkrete Maßnahmen auf nationaler
53 und internationaler Ebene ergreift, um die Demokratie in Taiwan gegenüber China
54 zu schützen:

- 55 1. Die Unterstützung der Aufklärungsarbeit über die Bedrohung der Demokratie
56 in Taiwan durch China.
- 57 2. Die diplomatische Anerkennung Taiwans als unabhängigen Staat und die
58 Aufnahme von diplomatischen Beziehungen.
- 59 3. Das Ausüben diplomatischen Drucks auf China um die Angriffe auf die
60 Autonomie Taiwans zu unterbinden.
- 61 4. Eine Solidaritätsbekundung mit der demokratischen Gesellschaft in Taiwan.

62 Deutschland muss sich stärker gegenüber China für die Achtung der Demokratie und
63 Menschenrechte einsetzen. Wir fordern die deutsche Regierung auf, diplomatischen
64 Druck auf China auszuüben, um Verletzungen dieser Rechte zu beenden. Es ist an
65 der Zeit, dass Deutschland eine führende Rolle in der internationalen
66 Gemeinschaft einnimmt und für die Verteidigung der Menschenrechte und Demokratie
67 eintritt.